

Hangzhi Yu und Thore Schönfeldt

Bildung zukunftsfähiger gestalten

Adressaten: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Antrag:

„Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag, das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur werden aufgefordert:

1. Die fortschreitende digitale Lebenswirklichkeit an Schulen ankommen zu lassen, indem
 - 1.1. eine informationstechnische Grundbildung für jede Schulart in der Sekundarstufe I gewährleistet wird und dafür geeignete finanzielle, technische und personelle Mittel bereitgestellt werden,
 - 1.2. ein digitaler Mindestausstattungsstandard bezüglich Hard- und Software für alle Schulen erarbeitet wird,
 - 1.3. die Verwendung von digitalen Medien im Unterricht durch verstärktes Vermitteln der dazu erforderlichen Kompetenzen in Fortbildungen für Lehrkräfte gefördert wird.
2. Berufsinformationsveranstaltungen an Schulen zu fördern,
3. politischer Bildung u. a. im Fach Wirtschaft/Politik durch mehr Wochenstunden sowie einem früheren Beginn des Unterrichts einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen,
4. die Schulen als Vorbild bezüglich der Ideen der Nachhaltigkeit zu etablieren, indem
 - 4.1. bei im schulischen Rahmen verbrauchten Produkten besonders auf deren ökologische und soziale Verträglichkeit geachtet wird,
 - 4.2. bei der Auswahl des zur Verfügung stehenden Schulessens regionale Optionen bevorzugt werden,
 - 4.3. das Konzept der Abfalltrennung an Schulen konsequent eingeführt wird,
 - 4.4. diesbezügliche Inhalte stärker und interdisziplinärer in den Unterricht eingebunden werden.
5. Den Erwerb der Grundkompetenzen des kritischen und logischen Denkens, der Kommunikation, der Kollaboration und der Kreativität stärker in die Bildung in den Schulen einfließen zu lassen als reines Erlernen von Fakten,
6. den Schüler*innen, je nach Begabung und Interesse, insbesondere in der Oberstufe, mehr Wahlmöglichkeiten anzubieten.
7. Mehr auf die Partizipationsmöglichkeiten für Schüler*innen, insbesondere die Chancen der SV-Arbeit, hinzuweisen und den Dialog zwischen den schulübergreifenden Schüler*innenvertretungen (SSP/KSP/LSP) und den für die Bildung betreffenden Entscheidungen zuständigen Stellen zu schaffen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.